

Vorwärts

10 Pfennig

Dienstag

27. Juli 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Dormüts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Staatsanwalt gegen Reichsbanner.

Einseitiges Vorgehen auf Grund deutschnationaler Hege.

Am Sonntag, den 18. Juli, kam es zwischen Reichsbannerleuten der Ortsgruppe Langendreeer und Mitgliedern des Vereins ehemaliger Heeresangehöriger aus Laer zu einer Schlägerei. Die Rechtspresse brachte über den Vorfall einen völlig tendenziösen Artikel unter der Überschrift: „Reichsbannerüberfall auf friedliche Kriegervereiner“. In dem Artikel, der fast durch die ganze deutsche Rechtspresse lief, wurde von „Banditen“ und „Morbbuben“ gesprochen, die mit Messern und Totschlägern über wehrlose und friedliche Kriegervereiner hergefallen seien. Die Folge der Pressehege war, daß von der Bochumer Staatsanwaltschaft sieben Reichsbannerfunktionäre verhaftet wurden, die seit mehreren Tagen im Gefängnis sitzen, während den Kriegervereiner bis jetzt kein Haar gekrümmt wurde.

Wie hat sich die Schlägerei in Laer in Wirklichkeit abgespielt? Am 18. Juli fand in Bochum ein Kreisverbandaufmarsch des Reichsbanners statt, zu dem die einzelnen Gruppen aus der Umgebung eingeladen waren. Durch den Ort Laer, in dem eine Feier des Vereins ehemaliger Heeresangehöriger stattfand, marschierte um die Mittagsstunde eine etwa 100 Mann starke Reichsbannerabteilung aus Langendreeer. Bei dem Vorbeimarsch vor der Wirtschaft „Zur Post“ traten die Kriegervereiner aus dem Lokal. Sie provozierten auf alle mögliche Weise die Reichsbannerleute und marschierten quer über die Straße in eine Seitengasse. Der Reichsbannertrupp ließ die Kriegervereiner ruhig vorüberziehen. Ein Teil drängte sich mitten durch die Marschgruppen des Reichsbannerzuges und machte dabei drohende und hämische Bemerkungen, wie

z. B.: „Nur Ruhe, die werden heute abend schon wieder zurückkommen müssen.“

In der Nacht zwischen 11 und 12 Uhr kam ein Reichsbannertrupp von noch nicht 20 Mann auf dem Rückweg wieder an der Wirtschaft vorüber. Als die Kriegervereiner die Reichsbannerleute singen hörten, stürzten sie aus dem Gasthof, und gleich darauf vernahm man Hilferufe von zwei Reichsbannerkameraden, die etwas hinter dem Trupp zurückgeblieben waren und von den Kriegervereiner angefallen wurden. Die Angreifer konnten jedoch in das Lokal zurückgedrängt werden. Als aber der Reichsbannertrupp weitermarschieren wollte, kamen plötzlich 60 bis 70 Kriegervereiner mit Gewehren (Modell 1871), Stuhlbeinen und dergl. bewaffnet, auf die Reichsbannerleute zu. Erst jetzt begann die Schlägerei, die mit Verletzungen auf beiden Seiten endete. Von den Reichsbannerkameraden wurden mehrere durch Messerstiche verletzt.

Trotz der Beschimpfungen und Provoktionen durch die Kriegervereiner, trotz des mit der Uebermacht unternommenen Angriffs auf die Reichsbannerleute, die nur mit etwa 20 Mann zurückkamen und schon deshalb außer Verdacht sind, Prügeleien gesucht zu haben, hat es also die Staatsanwaltschaft fertig gebracht, lediglich auf Grund einseitiger Pressemeldungen in schärfster Form gegen Reichsbannermitglieder vorzugehen, sie von der Straße weg verhaften und tagelang festsetzen zu lassen. Also auch hier das übliche Verfahren unserer Justiz!

Sinowjews Sturz.

So vergeht die Herrlichkeit der Welt...

Die gestern durch die offizielle russische Telegraphenagentur mitgeteilten Einzelheiten über den Hinauswurf Sinowjews bedeuten selbst für die an Maßregelungen reiche Geschichte der russischen kommunistischen Partei eine Ueberraschung. Selbst wenn man berücksichtigt, daß Sinowjew nach dem letzten kommunistischen Parteikongreß im vorigen Jahre politisch kaltgestellt war und von der herrschenden Richtung im Zentralkomitee auf das heftigste bekämpft wurde, ist sein jetziger Ausschluß aus dem Politischen Bureau ein Vorgang von weitreichender politischer Bedeutung. Durch den Ausschluß Sinowjews und seiner nächsten Anhänger, sowie durch ihre öffentliche Inhaftierung wird mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die inneren Gegensätze im russischen Bolschewismus eine bisher noch nicht dagewesene Schärfe erreicht haben und daß die gepriesene „Einheit und Geschlossenheit“ der in Rußland herrschenden Partei ins Reich der Vergangenheit gehört.

Die Mitteilungen der offiziellen russischen Telegraphenagentur kommen nicht unerwartet. Schon vor einigen Tagen hat das in Berlin erscheinende Zentralorgan der russischen Sozialdemokratie, „Der sozialistische Bote“, einen Bericht aus Moskau gebracht, in dem unter Bezugnahme auf die bevorstehende Sitzung des kommunistischen Zentralkomitees angekündigt wurde, daß eine entscheidende Schlacht zwischen der vereinigten Opposition und dem an der Spitze des Parteiapparates stehenden Generalsekretär der Partei, Stalin, stattfinden werde. Der Bericht enthält Einzelheiten, die für die Beurteilung der gegenwärtigen äußerst gespannten Situation sehr aufschlußreich sind. So ist es von Interesse, daß sich neuerdings eine gemeinsame Front der Opposition gegen Stalin gebildet hat, die von Trozki, Radek, Sinowjew und Kamenev geführt wird. Sensationell ist vor allem die Mitteilung, daß sich Radek und Trozki den beiden Führern der vorjährigen Opposition, Sinowjew und Kamenev, angeschlossen haben. Der Grund dafür liegt darin, daß diese kommunistischen Führer vor allem gegen die Tendenz Stalins ankämpfen, die Politik der russischen Sowjetunion vom Einfluß der kommunistischen Internationalen freizumachen. In führenden kommunistischen Kreisen Moskaus herrscht insbesondere Unstimmigkeit darüber, ob die Stellung der kommunistischen Internationalen zum englischen Kohlenarbeiterstreik und die Tätigkeit des englisch-russischen Komitees den Interessen der russischen Außenpolitik entsprechen.

Die von Stalin geführte Mehrheit des kommunistischen Zentralkomitees scheint sich davon Rechenschaft abzugeben, daß die abenteuerliche Politik, die jetzt von der Exekutive der kommunistischen Internationalen in England eingeleitet worden ist, den Interessen der russischen Außenpolitik zuwiderläuft, die gezwungen ist, den angebahnten wirtschaftlichen Ausgleich mit England zum Abschluß zu bringen. Diese Strömung in der äußeren Politik steht durchaus im Einklang mit den immer deutlicher hervortretenden Tendenzen in der inneren Politik, die auf eine Kapitulation vor dem wirtschaftlichen Nachstreben der mittleren Bauernschaft hinauslaufen. Um sich an der Macht zu erhalten, sehen sich die maßgebenden Führer der russischen kommunistischen Partei genötigt, den Wünschen der großen Masse der russischen Bauernschaft, und zwar nicht der armen, sondern der mittleren, besitzenden Schichten, in weitgehender Weise Rechnung zu tragen. Der russische Bauer entpuppt sich immer deutlicher als der wirkliche Gewinner der russischen Revolution, der die kommunistische Partei zwar heute noch regieren läßt, der aber durch seine zunehmende wirtschaftliche Stärke die gesamte Politik der Sowjetregierung in die Bahn einer ausgesprochenen privatkapitalistischen Bauernpolitik drängt, die in sozialpolitischer Hinsicht in scharfem Gegensatz zur Arbeiterklasse steht. Ebenso zwingt diese Wandlung in der inneren Politik die Moskauer Regierung immer mehr, ihrer äußeren Politik einen „nationalen“ Anstrich zu geben und sich von der abenteuerlichen Politik abzuwenden, die die kommunistische Internationalen unter der Leitung Sinowjews seit ihrer Gründung geführt hat.

Diese Wandlung der russischen Außenpolitik ist es vor allem, die die verschiedenen Gruppen und Schattierungen in der kommunistischen Opposition gegen Stalin vereinigt hat. Im Bericht des „Sozialistischen Boten“ heißt es darüber:

„Die Opposition aller Schattierungen hat sich vereinigt und bereitet eine entschiedene Attacke gegen Stalin vor. Aber auch der „Parteiapparat“ schläft nicht und bereitet insgeheim eine grausame Abrechnung mit den Gegnern vor, insbesondere mit Lachewitsch, dem Organisator der Opposition. Von der einen und der anderen Seite wird die öffentliche Meinung der Partei mobilisiert. Der Opposition hat sich fast die gesamte alte Garde der Bolschewisten angeschlossen. Zu ihr gehört anscheinend auch ein Teil der wegen verschiedener „Abweichungen“ in Moskau festgehaltenen ausländischen Kommunisten. Das Programm, auf dem sich diese ganze vielstimmige Opposition geeinigt hat, ist der „Internationalismus“, im Gegensatz zu dem „Nationalismus“ Stalins, der danach strebt, die gesamte Tätigkeit aller kommunistischen Parteien der nationalrussischen Staatspolitik unterzuordnen. An dem Ausgang dieses Kampfes, d. h. an dem Sieg

Verfolgungen in Elsaß-Lothringen.

Zehn Eisenbahner wegen des Manifestes entlassen.

Strasbourg, 27. Juli. (Mtb.) Die zehn Eisenbahner, die feinerzeit das Manifest des Heimatbundes mitunterschieden haben, sind nun vom Direktor der elsass-lothringischen Bahn entlassen worden.

„Der Elsaßler“ bemerkt dazu: „Die Beamten der elsass-lothringischen Bahnen sind auf Grund der Konvention von 1921 nicht als Staatsbeamte zu betrachten. Es kann ihnen infolgedessen das Recht der freien Meinungsäußerung nicht bestritten werden. Aber die Elsaß-Lothringer, die nicht die im öffentlichen Leben herangezogene Liebedeuerer mitmachen, sind ausserordentlich vogelfrei. Es ist eine böse Saat, die durch die Sanktionspolitik ausgestreut wurde.“

Der Disziplinarausschuß der Rechtsanwältin von Saargemünd hat es der Staatsanwaltschaft gegenüber abgelehnt, gegen den Rechtsanwalt Thomas in Strasbourg, der zu den Unterzeichnern des Manifestes gehört, vorzugehen. Als Begründung soll angeführt sein, daß Thomas durch die Unterzeichnung keineswegs seinen Beruf als Rechtsanwalt verstoßen, sondern lediglich außerhalb seines Berufes von den Menschen- und Bürgerrechten Gebrauch gemacht habe, die selbstverständlich auch den Rechtsanwälten zustehen. „Dieses Urteil hat umfomehr Bedeutung“, sagt die „Zukunft“, als es nur von Juristen gefällt wurde.“

Poincaré vor einem Anfangserfolg.

Sichere Mehrheit in der Kammer.

Paris, den 27. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung Poincaré stellt sich heute nachmittags um 3 Uhr den beiden Kammern vor. Im Senat wird Justizminister Barthou, in der Kammer Poincaré selbst die Regierungserklärung verlesen. Sie wird, daran ist nicht zu zweifeln, bei den bürgerlichen Fraktionen eine günstige Aufnahme finden. Was die Interpellationen anlangt, die der Regierung vielleicht ungemütlich werden könnten, so beabsichtigt Poincaré, einfach unter Stellung der Vertrauensfrage die Vertagung ihrer Besprechung zu verlangen. Unter diesen Interpellationen befinden sich zwei sozialistische über die allgemeine Politik der Regierung und zwei weitere, ebenfalls von Sozialisten eingebracht, über die Maßregeln, die die Regierung angefaßt hat in der letzten Zeit enorm gestiegenen Brotpreise zu ergreifen gedenkt. Poincaré wird jedoch den Standpunkt vertreten, daß die bevorstehende Beratung seiner Finanzentwürfe den Interpellanten Gelegenheit geben wird, ihm über die allgemeine Politik des Kabinetts zu befragen. Da er, wie gesagt, an die Vertagung der Vertrauensfrage knüpfen wird, so besteht kein Zweifel darüber, daß die gesamten bürgerlichen Parteien dafür zu haben sein werden. Dagegen werden aller Voraussicht nach nur die Sozialisten und Kommunisten geschlossen stimmen. So wird dem Kabinett zum mindesten ein bedeutender Anfangserfolg beschieden sein, die Regierungserklärung wird mindestens mit 350 Stimmen gutgeheißen werden.

Paul Boncour über den Völkerbund.

Jaurès kämpfte für die Feststellung des Angreifers.

Paris, 27. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Paul Boncour hat am Montag in Bruay eine Rede gehalten, in der er sich gegen den Völkerbund und die sozialistischen Interessen vertrat. Paul Boncour betonte, daß seine Genfer Tätigkeit keineswegs im Widerspruch mit der Friedenspolitik stünde, die stets von der sozialistischen Partei auf ihren Parteitagen verfolgt worden sei. Das Genfer Werk habe den

Zweck, den Frieden zu begründen. Der Völkerbund sei gerade deshalb groß, weil er den Frieden wolle und weil er als erste internationale Organisation der Staaten der Friedenssicherung diene. Die Auffassungen, die Jaurès von der nationalen Verteidigung gehabt habe, hätte nicht genügt, die Befehle französischer Gebiets durch die deutschen Truppen zu verhindern. Jaurès habe immer verlangt, daß von irgendeinem internationalen Institut der Angreifer festgestellt werde. Ebenso verlangte er für den Angegriffenen das Recht, sich zu verteidigen. Er wollte die Ereignisse den Intrigen der Geheimdiplomatie und den Kanzleien entziehen und eine genaue Feststellung desjenigen ermöglichen, der angegriffen hat, und des anderen, der sich verteidigen muß. Der erste Schritt in dieser Beziehung sei das internationale Schiedsgericht gewesen. Aber erst mit dem Völkerbund sei man zur Bezeichnung des Angreifers geschritten und habe allen anderen Nationen zur Pflicht gemacht, dem Lande zur Seite zu treten, das sich verteidigen muß. Jaurès sei am ersten Tage des Krieges getötet worden, ohne seine Träume erfüllt zu sehen; aber aus diesen Träumen sei der Völkerbund hervorgegangen.

Abeßinien wendet sich an den Völkerbund.

Wegen der englisch-italienischen Verhandlungen.

London, 27. Juli. (Mtb.) Der Unterstaatssekretär im Foreign Office erwiderte auf die Frage nach den englisch-italienischen Verhandlungen über Abeßinien, daß die englische Regierung am 24. Juli vom Generalsekretär des Völkerbundes die Abschrift einer Mitteilung erhalten habe, in der die abessinische Regierung die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die kürzlich zwischen England und Italien ausgetauschten Noten lenkt.

Der Arbeiterabgeordnete Buxton fragte darauf, welche Vorteile sich die englische Regierung neben dem Rechte des Baues des Tjana-Staubedens sichern könne als Gegenleistung für die der italienischen Regierung in Süd- und Westabessinien gemachten Konzessionen. Der Unterstaatssekretär erwiderte, die englische Regierung suche keinerlei Vorteile für England, sondern die Verbesserung der Wasserversorgung für den Sudan und Ägypten, monon die Wohlfahrt jener Länder abhängig. Der einzige Zweck des kürzlich abgeschlossenen Abkommens bestünde darin, die italienische Unterstützung bei den bevorstehenden Verhandlungen mit der abessinischen Regierung zu gewinnen, die allein den Bau des Tjana-Staubedens genehmigen könne. England hoffe, in der Lage zu sein, der abessinischen Regierung zu zeigen, daß dieser Bau den Interessen Abeßiniens ebenso sehr dienen werde, wie denen des Sudans und Ägyptens.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

Bis auf weiteres unterbrochen.

Die im Rahmen der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen geführten Verhandlungen über das Niederlassungsrecht sind auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Veranlassung hierzu gab in erster Linie das bevorstehende Inkrafttreten des neuen polnischen Ausländergesetzes, das gemäß der neuen Vollmacht der polnischen Regierung voraussichtlich in einigen Tagen auf dem Verordnungsweg erlassen werden wird. Dieses polnische Ausländergesetz verschleiert die Rechtslage der Ausländer in Polen ganz erheblich und liefert sie bis zu einem gewissen Grade dem Ermessen der unteren Behörden aus. Für die Wiederaufnahme der Niederlassungsverhandlungen bedeutet dieses Gesetz eine übergroße Belastung, die mit den erst kürzlich betonten guten Absichten der polnischen Regierung, eine Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen herbeizuführen, kaum in Einklang steht.

Stalins und die baldigst bevorstehende Zerschmetterung der Opposition scheint niemand zu zweifeln, dieser Sieg wird aber ein Vortrugs-sieg sein.

Die gestern mitgeteilten Einzelheiten über die Sitzung des kommunistischen Zentralkomitees bestätigen die Voraussage des wiedergegebenen Berichtes. Stalin ist auch diesmal Sieger geblieben und hat es durchgesetzt, daß Sinowjew, einer der Gründer der russischen kommunistischen Partei und der nächste Mitarbeiter Lenins, mit Schimpf und Schande aus den führenden Körperschaften der Partei hinausgeworfen worden ist. Ebenso ist der Organisator der Opposition, Laschewitsch, aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen und von seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender des Kriegrevolutionären Rates abberufen worden.

Was mit den anderen Führern der Opposition geschehen soll, wird der Deffektivität vorläufig nicht mitgeteilt. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß Stalin gegen sie mit derselben Brutalität vorgehen wird, die ihn im innern Parteikampf seit jeher ausgezeichnet hat. Er wird dies um so mehr, als in der gestern mitgeteilten Entschliessung der Exekutive der kommunistischen Internationale offen zugegeben wird, daß die kommunistische Partei Russlands von der Gefahr einer Spaltung bedroht werde. Diese Gefahr ist noch niemals so offen zugegeben worden, und um ihr vorzubeugen, scheut sich die Moskauer Exekutive nicht, vor aller Welt die blamable Tatsache zuzugeben, daß die Vertreter der oppositionellen Strömungen in der kommunistischen Internationale sich genötigt gesehen haben, „ungesetzliche Versammlungen“ abzuhalten, „Geheimdokumente“ zu drucken und zu versenden, eine „illegale fraktionelle Organisation“ zu schaffen, ja sogar eine „ungesetzliche fraktionelle Versammlung“ in einem Walde bei Moskau abzuhalten. Wohl-gemerkt: zu diesen Methoden, die an die Zeiten des Kampfes unter dem Zarismus erinnern, sah sich nicht etwa Mitglied der in Russland verfeimten und verfolgten sozialistischen Parteien genötigt, sondern prominente Führer der mit allen Nachmitteln ausgestatteten kommunistischen Partei, Leute wie Sinowjew, Trotski und Kamenev, die jahrelang diktatorische Gewalt über das russische Volk ausübten und, ausgerüstet mit dieser Diktatur, mit den verwerflichsten Mitteln daran gingen, die sozialdemokratischen Arbeiterparteien des Westens zu zerschlagen, um die west-europäische Arbeiterbewegung unter ihr Kommando zu bringen.

Netzt ist derselbe Sinowjew, der die westeuropäische Arbeiterbewegung in Stücke schlug, ein lebender Leichnam, der von seinem Gegenspieler Stalin mit einem Fußtritt aus seinen führenden Stellungen hinausbefördert worden ist. Netz ist der von ihm, wie von der alten bolschewistischen Garde vertretene allzu aggressive Abenteuerpolitik nicht mehr in den Rahmen der von der Sowjetregierung angebahnten „nationalrussischen Politik“, die immer offensichtlicher darauf hinarbeitet, sich mit der bürgerlich-kapitalistischen Welt zu verständigen, und die die von ihr ins Leben gerufenen und materiell ausgehaltenen kommunistischen Parteien der anderen Länder, in Europa ebenso wie in Asien, nur soweit duldet, als sie sich als Agenten der nationalrussischen Außenpolitik betätigen.

Das Zusammengehen der alten bolschewistischen Garde mit den in Moskau festgehaltenen Beratern ausländischer kommunistischer Parteien ist keine Zufallsereignung. Die einen wie die anderen suchen von der alten bolschewistischen Tradition zu retten, was zu retten ist, um die immer rebellischer werdenden Arbeitermassen an der Stange zu halten. Doch diese Bemühungen, den Leichnam des Bolschewismus zu galvanisieren, sind vergeblich. Immer deutlicher zeigt sich der Bankrott der bolschewistischen Welterlöschungsidee. Immer offensichtlicher wird der Gegensatz zwischen der Praxis des Bolschewismus und den Interessen der um ihre Befreiung ringen-

den Arbeiterklasse. In Russland führt diese Wandlung zu einer zunehmenden Verbürgerlichung der gesamten Politik, zu einer Verschärfung des Gegensatzes zwischen Arbeiterklasse und kommunistischer Partei, zu einer Verengung der Basis der herrschenden Diktatur, zu einer Anhäufung von Explosivstoffen innerhalb der kommunistischen Partei selbst. Im Besten zeitigt derselbe Prozeß das Abfließen der Massen von den kommunistischen Parteien, die sich mehr und mehr in kleine einflusslose Sekten verwandeln, und den Übergang der großen Mehrheit der Arbeiterklasse zu den Methoden des demokratischen Sozialismus, die allein imstande sind, die großen Ziele der internationalen Arbeiterbewegung zu verwirklichen.

Die echte Thesen-sprache.

Die „Volkswacht“, das Organ der „Rote Fahne“, veröffentlicht in Fettdruck folgendes

Telegramm an das ZK der KPSU.

Nach Entgegennahme der Berichte der Vertretung des ZK der KPD. beim ZK der KPSU über die Plenarsitzung des ZK der KPD. der SU. bezieht das KPSU. auf die Beschlüsse des ZK der KPD. 1. Seine vorbehaltlose Nebereinstimmung mit den Beschlüssen der KPD. der SU. 2. Die weitgehendste Unterstützung aller Maßnahmen des ZK der KPD., die auf die Verteidigung der Einheit der KPD. der SU. und der Komintern gerichtet sind. 3. Nachmals die Beschlüsse des ZK der KPD. zum 14. Parteitag der KPD. der SU. zu unterstützen. Zentralkomitee der KPD. (Sekretariat).

Sabotierende Stadtverordnete.

Und deutschnationales Geschrei über ihre Zurechtweisung.

Von einem „Stadtverordnetenstand“ in Neufalz“ weiß die Rechtspresse Schauer-geschichten zu erzählen. In diesem, etwa 14000 Einwohner zählenden niederschlesischen Oderstädtchen hat nämlich eine aus Sozialdemokratie, Kommunisten, zwei Zentrumsleuten und zwei Wirtschaftsparteilern bestehende Mehrheit den wegen Ablauf seiner Amtszeit zurücktretenden bisherigen Bürgermeister nicht wiedergewählt, sondern den sozialdemokratischen Regierungsschiff Dr. Träger zum ersten Bürgermeister erwählt.

Damit waren die Rechtsparteiler, die auf der „Liste Stadtwohl“ gewählt waren, nicht einverstanden und legten zum Protest ihre Mandate nieder. Auch sämtliche zum Nachrüken einberufenen weiteren Kandidaten der Stadtwohlliste weigerten sich, das Mandat anzunehmen. Der zweite Bürgermeister von Neufalz, namens Bessel, wandte sich ohne Benachrichtigung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung an die Staatsanwaltschaft mit der Anzeige, die beiden Wirtschaftsparteiler, die für Träger gestimmt haben, hätten sich ihre Stimmen abkaufen lassen! Diese selber freilich haben, obwohl auch sie auf der „Liste Stadtwohl“ gewählt waren, ihre Abstimmung damit begründet, sie hätten bei der Behandlung der Aufwertungsfrage erkannt, daß das Eigentum bei Sozialisten und Kommunisten besser geschützt sei, als bei den Rechtsparteilern.

Die Stadtverordnetenversammlung hat nun einen sehr vernünftigen Beschluß gefaßt. Sie hat diejenigen Mandats-nachfolger, die sich weigerten in die Stadtverordnetenversammlung einzutreten, auf sechs Jahre ihres Staatsbürger-rechts verlustig erklärt und ihre Steuern um 25 Proz. über die Normalhöhe hinaus erhöht. Gleichzeitig hat sie beschlossen, gegen den zweiten Bürgermeister Bessel das Disziplinär-verfahren mit dem Ziele der Amtsenthebung zu beantragen.

Diese Beschlüsse werden, obwohl sie sich vollständig im Rahmen der Befugnisse der Stadtverordnetenversammlung halten, von der Rechtspresse zu „politischem Terror“, zu „sozialdemokratischem Skandal“, zu einem „unerhörten Machtübergang“ und zu einer, wie die „Kreuzzeitung“ sagt, „noch undurchsichtigeren Korruptionsaffäre“ auf-gebaucht. Die preussische Regierung wird feierlich gefragt, was sie zu tun gedenke, um derartigen Terrorisierungsakten einen Riegel vorzuschleichen.

Wenn die Zeitungen, die diese Fragen stellen und diese Be-schuldigungen erheben, sich auch nur die geringe Mühe ge-macht hätten, einen Blick in die preussische Städteordnung zu werfen, so hätten sie im § 74 folgende Bestimmung gefunden:

„Ein jeder stimmbare Bürger ist verpflichtet, eine unbesoldete Stelle in der Gemeindeverwaltung oder in der Ver-tretung anzunehmen, sowie eine angenommene Stelle mindestens zwei Jahre lang zu versehen. Zur Ablehnung oder zur früheren Niederlegung einer solchen Stelle berechtigen nur folgende Entschuldigungsgründe: 1. anhaltende Krankheit, 2. Geschäfte, die eine häufige oder dauernde Abwesenheit mit sich bringen. 3. Ein Alter über 60 Jahre. 4. Die früher stattgehabte Verwaltung einer unbesoldeten Stelle für die nächsten drei Jahre. 5. Die Verwaltung eines anderen öffentlichen Amtes. 6. Aerzt-liche oder mundärztliche Praxis. 7. Sonstige besondere Verhält-nisse, welche nach dem Ermessen der Stadtverordnetenversammlung eine gütliche Entschuldigung begründen.“

Wer sich ohne einen dieser Entschuldigungsgründe weigert, eine unbesoldete Stelle in der Gemeindeverwaltung oder -vertretung anzunehmen oder die noch nicht drei Jahre lang verlehene Stelle ferner zu versehen, sowie derjenige, welcher sich der Verwaltung solcher Stellen tatsächlich entzieht, kann durch Beschluß der Stadt-verordneten auf drei bis sechs Jahre der Ausübung des Bürger-rechts verlustig erklärt und um ein Viertel bis ein Viertel stärker zu den direkten Gemeindeabgaben herangezogen werden. Der Beschluß bedarf keiner Genehmigung oder Be-stätigung von Seiten des Magistrats oder der Aufsichts-behörden.“

Diese „Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen Preußens“ stammt noch aus dem Jahre 1853! Sie ist von konser-vativen Politikern gemacht und von konservativen Verwaltungsbeamten viele Jahrzehnte hindurch ge-handhabt worden. Den konservativen, oder wie sie sich heute nennen, deutschnationalen Zeitungen, wäre daher dringend zu empfehlen, sich die Städteordnung ihrer Väter einmal genau anzu-sehen, bevor sie von einem „Skandal“ sprechen. Die Regierung hat keinerlei Möglichkeit gegen die Stadtverordnetenversammlung von Neufalz vorzugehen. Auch ihre Auflösung kann nicht in Frage kommen. Die Deutschnationalen und Böllischen müssen ihren Schmerz schon ein wenig eindämmen.

Kind, Schule, Landarbeit.

Notiz eines Lehrers.

In der „Lehrerzeitung für West- und Ostpreußen“ nimmt der Herausgeber — selbst ein Lehrer — Stellung zu unseren Darlegungen über das Verhältnis von Kind, Schule und Landarbeit in Ostpreußen in Nr. 317. Seine Stellungnahme gipfelt in folgendem Notiz:

„Die ostpreussische Lehrerschaft ist erfreut, daß einmal in der politischen Presse auf die zum Teil unhaltbaren Zu-stände in Ostpreußen hingewiesen wird. Schon lange hat der Ostpreussische Provinziallehrerverein auf deren Beseitigung hinge-arbeitet. Fast keine Verbandstagung verging, ohne daß die acht-jährige Schulzeit gefordert wurde. Nun scheint man nahe an deren Einführung. Wenigstens ist dem Landtage ein Gesetzentwurf zur Abänderung der Schulordnung für die Elementarschulen der Pro-vinz Preußen vom 11. Dezember 1845, die es den ostpreussischen Schülern gestattet, die Schule am Tage der Vollendung des 14. Lebensjahres zu verlassen, vorgelegt.“

Alle diese Zustände, die an die schlimmsten Zeiten bäuerlicher Hörigkeit erinnern, werden schwinden, wenn endlich einmal die Staatschule eingeführt und der Landlehrer so gestellt wird, daß er frei und unabhängig dasteht. Heute allerdings befindet er sich noch oft in „bäuerlicher Hörigkeit“. Nur die Staatschule kann helfen. Von Gemeindevertretungen und den Kreisparlamenten ist meiner Meinung nach in den meisten Fällen nichts zu erwarten.“

Im übrigen bestätigt der Herausgeber zu einem großen Teil die Angaben unseres Berichtes und legt die schwierige Lage des Landlehrers unter den jetzigen Verhältnissen dar.

Gas.

Von Hermann Schöninger.

Das eine hat der Politiker mit dem Psychiater gemein, daß er aus Gründen des Reizens seinen Patienten bzw. seinen politischen Gegner und dessen Leibliche bzw. geistige Kost immer wieder von Grund auf studieren muß, um in seiner Behandlungsmethode nicht eines Tages daneben zu hauen. Aus diesem Grund pflege ich von Zeit zu Zeit die militärische „Unterhaltungsbeilage“ der „Kreuzzeitung“ mit dem stolzen Titel „Wehr und Waffen“ zur Hand zu nehmen und die Reihe der forbenprächtigen Bilder zu betrachten, die das Herz unserer pensionierten Generale und Feld-marschälle erfreut.

Die letzte Nummer dieser friderizianisch-napoleonisch-luden-dorffischen Bilderbogen bringt jedoch eine derartige Fülle von so tollem und für den gewöhnlichen Sterblichen so unverdaulichem Zeug, daß es unmöglich erscheint, ohne kräftiges Kräftigen über diese geistige Mahlzeit hinwegzukommen. Zunächst: Ein Leitartikel über die Geschichte des stolzen Regiments „Garde du Corps“ mit herzigen Bildern über Säbel, Helme, Spieße, Hohn und Keller des erbauerlicherweise mit den Letzern des „Erbsandes“ zu schreibenden Regiments — und dann nicht etwa eine leben- und farbenprächtige Schilderung des historischen Werdeganges der Truppe, sondern eine geistliche Aufzählung plattester Neuhäckerlichkeit: Am 11. Februar 1741 hat das Regiment seine erste Fahne bekommen, ein paar silberne Haken und drei Trompeten dazu — die erste Standarte ist in den Befreiungskriegen eingeschmolzen worden, die zweite befindet sich im Zeughaus zu Berlin (1. Stod, Joh 25), die dritte Standarte, dem Regiment am Geburtstag Friedrichs des Großen, am 24. Januar 1890, neu verliehen, steht in der Kapelle der Garnisonkirche in Potsdam. — Von besonderem Interesse ist die Standartenlänge. — Seine Tradition pflegt die 1. Eskadron des 4. (preuß.) Reichswehr-Regiments! Mit solch einem Zeug beschäftigen sich also unsere verabschiedeten Generale und Herr Gelehrer gibt ihnen eine Reichs-wehrschwadron als Spielzeug dazu!

Weiter: Für die italienische „Paradeuniform“ können sich unsere alten Kommissknöpfe spaltenlang begeistern. Zwei „Richtungen“ liegen sich in den Haaren, die eine „Theorie“, die der italienischen Grenadierbrigade“ in Rom eine Feldgrau, und die andere, die ihr eine grüne Paradeuniform zugehen will. Kolossal wichtig im Zeitalter der Währungsstufen und der Massenarbeitslosigkeit!

Dann brüllt ein stellenloser Luft-Major in einer etwas pasto-ralen Diktion im Stil des Chorals „Gins tut not, ach Herr, dies Eine —“. Was uns fehlt — nämlich Luft-schwarz-ge-sch-ü-ß-ig! Die Abbildung eines herrlichen Reife-Fuß-Geschüßes und eines durch Luftangriff in Freiburg zerstörten Hauses, aus dessen auf-ge-rissener Front gar traurig eine halbe Kommode herausschaut, zeigt dem Bürger, was not tut: ein neuer Reichswehrtrakt!

Sodann wird die Geschichte des Herrn Henning gezeichnet

Blatt jedoch auf der vierten Seite, wo sich zwei „Sachverständige“, ein General und ein Stabsarzt, auf ihre „Kollegen“ in Russland und in den Vereinigten Staaten berufen, um für den — Gas-krieg Propaganda zu machen. Der General lobt die sonst in Grund und Boden verdamnte Bolschewistenarmee über den grünen Klee, weil sie seit einiger Zeit „Bettkämpfe im Gasdienst“ veranstaltet, bei denen ein Stabsoffizier, ein Militärchemiker, ein Arzt und ein „politischer Kommissar“ (Wozu eigentlich das? Wegen des „blauen Dunstes“, den die Konterrevolution in der Armeeverbreitung anwesend sind. Die Leubungen erfolgen zugewei und kompanieweise; der beste „Gasdienstlehrer“, der die „beste Gas-dienstzelle“ vorführt, kriegt einen Extrapreis! Besonders freut sich der preussische General, daß die Bolschewiken anscheinend die „Gas-abwehr“ zum „Gemeingut des ganzen Volkes“ machen!

Der zweite Kronzeuge gegen das Gas ist ein Oberstabs-arzt a. D., der sich zur Beschwichtigung des Kanonen- und Bomben-Futters im nächsten Krieg seines amerikanischen „Kol-legen“, des „Sanitäts-Oberstleutnants“ Gildchrist bedient und einer Kommission amerikanischer Sanitäts-offiziere seinen vollen Beifall ausdrückt, weil sie folgende Weisheiten von sich gegeben hat:

„Gasvergiftete zeigen keine Neigung zur Lungenschwind-sucht.“ Sie trepierten also auf eine andere Weise.

„Die Sterblichkeitsziffer der Gaskranken ist zehnmal geringer wie die der übrigen Kriegsoverlehten.“ Darum her mit neuen chemischen Giften!

„Nur 4 Proz. der 800 amerikanischen Kriegsblienden sind auf Gasbeschädigung zurückzuführen.“ „Nur! Die lumpigen 32 Gasblinden der Vereinigten Staaten bedeuten also für diese amerikanischen und deutschen „Merzte“ lediglich einen Ansporn für die Intensivierung dieser noch so „unentwickelten“ und „humanen“ Kriegsgasindustrie!

Bei uns hat im Feld der „Staberl“, der Stabsarzt, als Not-helfer der Verwundeten und Kranken, im Lazarett und im Quartier immer noch eine passable, meist sogar eine höchst vernünftige Rolle gespielt; unser Staberl war meist ein Mittelding zwischen Kavalier und Spieß, zwischen Offizier und Arzt, zwischen Soldat und Mensch. Aber dieser Stabsarzt, der scheint ja die reinste Bestie zu sein! Dem ist der „chemische Krieg“ nichts wie ein Fatum und die Erfüllung seines Berufs: „Rein vernünftiger Mensch wird behaupten, daß eine wirksame Waffe abgefaßt werden kann, ehe sie durch eine noch wirksamere ersetzt ist.“ Das heißt also, wir kriegen den Gaskrieg erst los, wenn noch etwas „Wirksameres“ erfunden ist, etwa, daß man ein Land mit Petroleum um einem Ende anzündet und dann die ganze Waffe mit Haut und Haar verbrennen läßt?

Vielleicht macht Herr Henning mit seinen Gas-Spezialisten den Anfang damit, wenn's gar nicht anders geht?

Ausstellung „Heim und Technik“. Der Deutsche Verband technisch-wissen-schaftlicher Vereine hat sich dafür ausgesprochen, daß die Ausstellung „Heim und Technik“ 1923 in Königsberg stattfinden soll.

Puffschabenteuer eines rasenden Reporters. O, welche Lust, Journalist zu sein! Ein englischer Kollege, der während des letzten Puffsches in Lissabon geweselt hat, um seine Zeitung zu bedienen, hat diesen Freudenloch bis zur Reize geleert. Als der Staatsstreik losging, hat er den General Gomes da Costa um ein Interview; es wurde ihm bewilligt, und der erfreute Reporter eilte zum Regierungspalast. Dort mußte er zunächst drei Stunden warten, bis ein Sekretär erschien, um ihm mitzuteilen, daß der Herr General an diesem Tag nicht mehr empfangen. Als sich der Journalist daraufhin emp-felken wollte, wurde ihm bedeutet, daß er das Palais nicht mehr ver-lassen könne, da sich bereits feindliche Truppen im Anmarsch be-fänden. Nach einigen kräftigen Klätschen ergab sich unser Freund zu sein Schicksal. Kurz darauf wurde das Gebäude vom Gegner ge-stürmt, der Journalist ungeachtet seiner Einwände als Anhänger Costas verhaftet und wenig höflich in ein Automobil gefetzt, das ihn zum Gefängnis bringen sollte. Schön, dachte der Reporter, da werde ich auch etwas Besonderes zu berichten haben und malte sich schon im Geiste aus, was das für eine aufsehenerregende Meldung geben würde. Aber sein Wunsch, das Gefängnis von innen kennen zu lernen, sollte so rasch nicht in Erfüllung gehen. Das Auto wurde unterwegs von Parteigängern Costas angehalten, der Eng-länder befreit und im Triumph durch die Straßen getragen. Doch das Hochgefühl, eine vergötterte Persönlichkeit zu sein, währte nicht lange. Schon rückte eine Polizeibrigade heran, ein paar Schüsse vertreiben die Enthusiasten, und der arme Reporter wird diesmal recht arg zugerichtet. Als er sich wieder erholt, sitzt er am Ziel seiner Wünsche: im Kitzchen. Erst gegen Abend gelang es einem Peloton Infanterie des Generals, das Gefängnis zu stürmen und die Insassen zu befreien. Von zwei Soldaten betreut, verläßt der Gast aus England die heimlichen Penaten zu erreichen; unter der Haustür fällt er noch einmal einer Polizeistreife in die Hand, aber diesmal kann er sich mit Erfolg auf seinen Konsul berufen. Spät in der Nacht endet das Abenteuer des Puffschisten wider Willen.

Wie schläft der Mensch? Am Psychologischen Institut der Uni-versität Bittsburg hat ein Gelehrter, Professor Johnson, Unter-suchungen über den menschlichen Schlaf angestellt. Als Versuchs-objekte dienten ihm zwölf Studenten, die sich freiwillig zur Ver-fügung gestellt hatten. Fünf Nächte in der Woche gingen die Studenten um 11 Uhr abends zu Bett und standen um sieben Uhr früh auf. Sie schliefen gemeinsam in einem großen, gut erwärmten und gelüfteten Raum, jeder in einem besonders konstruierten Bett, das mit einem Registrierapparat versehen war. Die Versuche haben ergeben, daß die allgemeine Annahme, die ersten Stunden des Schlafes seien am tiefsten und ruhigsten, ganz falsch ist. Im Gegenteil: die beiden letzten Stunden sind die besten. Die selbst-registrierenden Apparate zeigten, daß ein Mensch durchschnittlich 11,5 Minuten schläft, ohne sich zu bewegen. Also ist die gewöhnliche Annahme, daß sich der Mensch nur einige wenige Male während der Nacht bewege, unrichtig. Im Durchschnitt bewegten sich die Versuchs-personen dreiunddreißigmal in jeder Nacht. Ein einziger Student lag drei Stunden lang unbeweglich, einige andere zweieinhalb Stunden. Im ganzen wurden 13,448 Ruheperioden aufgezeichnet, von denen etwa die Hälfte weniger als fünf Minuten dauerte.

Ein hoffnungsloser Fall.

Der Parteitag der Deutschen Wirtschaftspartei.

In Görlich tagt augenblicklich der Parteitag der Deutschen Wirtschaftspartei (Reichspartei des deutschen Mittelstandes). Er tritt mit programmatischen Kundgebungen in die Öffentlichkeit. Auf politischem Gebiete verlangt er eine Revision der Reichsverfassung auf Grund des Eigentumsbegriffes und seiner Unverletzlichkeit, die Heraushebung des Wahlalters auf das 24. Lebensjahr, Freihaltung der Regierung von jeglicher Parteibeeinflussung usw. Weiter legt er sich für die von Hindenburg verordnete schwarzweiße Handelsflagge ein. Man sieht also, wessen Geistes Kinder die Leute von der Wirtschaftspartei sind.

Etwas unklar sind die von ihnen aufgestellten Forderungen auf wirtschaftspolitischem Gebiete, die das Rückgrat des neuen Programms dieser etwas eigentümlichen Partei bilden sollen. Verlangt wird hier der private Eigentumschutz, Befestigung aller bestehenden Zwangs- und Bevormundungsmassnahmen, Aufhebung aller staatssozialistischen Unternehmungen und Einführung des beruflichen Arbeitsdienstjahres für Jugendliche; was natürlich die famose Partei nicht hindert, in dem gleichen Atemzug neue Staatsunterstützungen zu fordern, wie sie sich denn auch durch ihre Parlamentsvertreter mit Erfolg für das berüchtigte Innungswesen eingeführt hat und einseitig, das mit empfindlichen, von den Innungen verhängten Geldstrafen im Falle von Unterbietungen der übersehten Innungspreise, mit Vorkaufspreisen und gesellschaftlichem Boykott arbeitet. Wenn man wirklich die Beschränkung der gewerblichen Freiheit betrachten will und betrachten kann, so ist der von den Innungen geübte Terror tausendmal schlimmer.

Die Wirtschaftspartei entwickelte sich aus der Initiative von rechtsstehenden Kirchturnspolitikern, die in den Rechtsparteien nicht auf ihre Kosten, d. h. zu ihrem Mandätschen kamen. Man gründete eine neue Partei und zog in die Stadtverwaltungen, in die Parlamente der Länder und des Reiches ein. Heute ist man wieder zu der Weisheit der Rechtsparteien zurückgekehrt, die jedes politisch- und wirtschaftliche Uebel auf die böse Sozialdemokratie und auf die Weimarer Verfassung zurückführt. Spießer bleibt eben Spießer.

Dabei darf man die juchzende Tragik des gewerblichen Mittelstandes, in dem die Wirtschaftspartei ihre Anhänger sucht und findet, nicht verkennen. Dieser Mittelstand wurzelt in dem Prinzip der Einzelanfertigung, die für die Kaufkraft der Massen zu teuer ist. Ihr gegenüber steht die zunehmende Mechanisierung in der Industrie und das gigantisch konzentrierte Finanzkapital, das für den Gebühnener Mittelstand völlige Auspöterung bedeutet. Zwischen diesen beiden Steinen wird der Mittelstand von heute weiter aufzertreten. Seine Proletarisierung ist unausweichlich, wenn er nicht auf der Plattform des Genossenschaftswesens, also auf durchaus sozialistischem Fundament, seine Existenz behaupten will. Statt dessen schwärmt die Wirtschaftspartei in Görlich in Ideologien, die vor einigen Jahren vorübergehend wieder praktischen Wert zu bekommen schienen, heute aber schon lange aufgehört haben, Ausgangspunkt wirtschaftlicher Betätigung zu sein.

Wirtschaftsgeschichtlich gesehen sind so der Görlicher Parteitag und seine Lebensäußerungen ein hoffnungsloser Fall. Politisch ist er ein Ausdruck der Kinderjahre des Parlamentarismus, die zu überwinden eine Frage der Befreiung des Volksganzen, des Volkstörpers ist.

Das bayerische Feme-Meg.

Schweikardt Beziehungen.

Schweikardt, der Mörder von Gareis, weiß viel über die Verschwiegenheit gewisser bayerischer Beamten mit den Waffenschleibern und Feme-Mördern, daß eine eithliche Aussage von ihm vor einem die Wahrheit suchenden Gericht oder Ausschuss mehr offenlegen würde, als dem bayerischen Justizministerium und seinen Freunden lieb ist.

Das gilt insbesondere von Schweikardts Münchener Tätigkeit im Herbst 1920. Er war damals im Auftrag der „Orgesch“ und in Verbindung mit dem Wehrkreis-Kommando mit der „Bergung von Waffen“ beschäftigt und trat zu diesem Zweck mit einer Reihe von Personen in Verbindung, die Kenntnis von geheimen Waffensiegeln hatten. So kam er auch zu dem Dienstmädchen Sandmayer, das dann ermordet wurde, weil man befürchtete, die Sandmayer könnte das Waffensiegel verraten. Auch mit dem ehemaligen Reichswehrsoldaten Dobner wurden durch Vermittlung des Dolmetschers Pracher, der bei der Ententekommission beschäftigt war, Waffengeschäfte gemacht. Dobner sollte wegen seiner Kenntnis der Waffensiegel ebenfalls bestraft werden. Der Nordanschlag mißlang aber.

Leutnant Schweikardt trat bei allen Verhandlungen über Waffengeschäfte immer wie ein Mann auf, der behördliche Autorisation hatte, und warf mit dem Geld sehr freigebig um sich. Als Pracher Bedenken hatte, Waffengeschäfte mit Schweikardt zu machen, erklärte dieser:

„Wenn Sie verhaftet werden und zur Polizei kommen, werden Sie sofort wieder entlassen.“ (!)

Dieser Fall ist dann tatsächlich eingetreten. Pracher wurde nach seiner ersten Verhaftung auf Intervention des Schweikardt wieder freigelassen. Die Polizei verwandte den Pracher dann selbst als Agenten bei Waffenschleibern und ließ ihn erst fallen, als die Sache durch den mißlungenen Nordanschlag auf Dobner brenzlich wurde.

Alle diese Dinge kennt Leutnant Schweikardt sehr genau. Er kennt auch die Personen, die bei diesen dunklen Waffengeschäften und bei den damit in Verbindung stehenden Feme-Morden neben ihm noch eine Rolle gespielt haben. Als besonders peinlich mag es heute in Bayern empfunden werden, daß die Schweikardtschen Waffenschleibern vorgenommen wurden in Verbindung mit dem Wehrkreis-Kommando der Reichswehr, das seinerseits die Führung mit der „Orgesch“ aufrechterhielt. Die Reichswehroffiziere, Hauptmann Obermeier, Major von Berchem und Hauptmann Rom können nähere Auskunft geben. Die Münchener Polizei arbeitete mit diesem Kreis aufs engste zusammen, was ja schon daraus hervorgeht, daß Pracher auf Schweikardts Intervention sofort freigelassen wurde.

Graf Lerchenfeld überreichte in Wien sein Beurlaubungsschreiben. Er erklärte: „Das Streben des deutschen Gesandten in Wien darf nicht allein von dem Gedanken an die Vorteile des eigenen Staates ausgehen, sondern gleichzeitig von dem Gedanken, wie jede politische und wirtschaftliche Ermüdung, auf die Erhaltung und Förderung des im österröschischen Staate zusammengeführten Teils der deutschen Bevölkerung zu wirken geeignet ist.“

Die Reparationskommission arbeitet um 55 Prozent billiger, seitdem der Dawes-Plan in Kraft ist. Die Kosten werden nämlich von alliierten Staaten, nicht mehr von Deutschland getragen.

Deutsche Beteiligung an einer französischen Messe. Deutschland wird zum ersten Male seit dem Krieg wieder auf der im März 1927 in Lyon stattfindenden Messe vertreten sein.

Geld auf der Strafe.

Hunger und Armut zwingen viele, sich nach Arbeitsmöglichkeiten umzusehen, die einen Verdienst abwerfen. Das ist heute bei der großen Arbeitslosigkeit nicht leicht, und viele, die gerne jede Arbeit machen möchten, sehen sich vergeblich nach diesen Möglichkeiten um. Aber so mancher ist doch darunter, der es raus hat, und für der das vollständige Sprichwort „Das Geld liegt auf der Strafe“ noch eine Bedeutung hat. Es gibt in Berlin einen „Beruf“, von vielleicht 80 bis 100 Personen ausgeübt, von dem nur ganz wenige wissen werden, der aber recht und schicklich seinen Mann ernährt. Um die Zeit, wenn die Kinos und Theater geschlossen werden, der Bierlärm in den Kneipen zum Tumult aufsteigt und verschlungene Liebespärchen dunkle Wege und Straßen wählen, rüsten sich die Männer dieses seltenen Gewerbes zu ihrem nächstlichen Arbeitsdienst. Sie suchen die Straßen und Plätze ab, die am Tage und in den Abendstunden stark belebt sind, wobei besonders vor den Theatern und Kinos fleißig „gearbeitet“ wird, und sammeln, was am Boden Wertvolles liegt. Und sie finden so manches, was einen Wert besitzt: Bistusse, Taschennester, unbenuzte Postkarten, Ringe und — kleine Geldstücke. Mitunter ist auch ein Geldschein dabei, manchmal auch eine kostbare Uhrteile oder Uhr, seltener größere Gegenstände, wie Hut, Handtasche oder Schirm. Um es hier zur Meisterschaft zu bringen, gehört eine lange Übungszeit, Geduld und ein scharfes Auge. Nur sehr wenige verstehen sich auf diese Kunst, und unter diesen wenigen befinden sich viele, die gerne wieder in ihren früheren Beruf zurückkehren möchten, trotzdem sie es in diesem seltenen Gewerbe zum Meister ihres Faches gebracht haben. Diese nächstlichen Wanderungen sind sehr aufreibend; der Sucher geht oft vier, fünf Stunden hintereinander, gebückt, die Augen immer auf das Pflaster gerichtet und erzwungenermaßen mit der größten Geduld. Da er in der kurzen Zeit, die ihm zur Verfügung steht, möglichst viele Straßen und Plätze „bearbeiten“ will, darf er kaum rasten. Häufig kommt es vor, daß die Konkurrenz vorher die Gegend abgegrast hat, dann gibt es natürlich nichts mehr zu holen, und man muß sich schnell in eine andere Gegend begeben. Auch hier kann gerade die Konkurrenz vorher die „Reinigung“ gründlich besorgt haben, das ist dann doppelt Pech. Unter diesen Umständen fällt die Ernte nicht sehr günstig aus.

Die Bilanz einer solchen Nacht ist sehr verschieden. Unser Gewährsmann, ein stellungsloser kaufmännischer Angestellter, gibt die „Einnahme“ der letzten Nacht wie folgt an: 1,85 Mk. in bar, ein Taschennester, ein wertvolles Zigarettenetuis, drei Taschentücher, eine kleine Schere, zwei Zigarren, fünf Bleistifte, ein Zahntoilette, ein halbes Pfund Kaffeebohnen und — eine Handvoll Zigarettenstummel. Manchmal fällt die Bilanz günstiger aus, beispielsweise wenn er größeres Geld findet, was aber selten vorkommt, oder eine Uhr, oder einen anderen wertvollen Gegenstand. Das wird dann zu Geld gemacht. Immer aber findet er etwas. „Sie sehen“, sagt er, „was man alles machen muß, um nicht zu verhungern. Es bleibt mir aber weiter nichts übrig, Unterstützung bekomme ich nicht, und umsonst gibt einem kein Mensch was.“

Die Operation im Kokainrausch.

Beurteilung eines Arztes zu 1½ Jahren Gefängnis.

Vor dem Schöffengericht Schönberg hatte sich der prakt. Arzt Dr. Krümmann wegen gewerbmäßiger Betätigung nach der Richtung des § 218 des Strafgesetzbuches (Abtreibung) in mehreren Fällen, von denen der eine mit dem Tode der Patientin, an der der gewalttätige Eingriff vorgenommen worden war, geendet hat, zu verantworten. Dr. Krümmann ist noch ein junger Arzt, der aus der Provinz nach Berlin gekommen war, und als ein wenig geistiger Charakter in die Tiefen des Großstadtlebens hinabgezogen worden war. Nachdem er einige Zeit Arzt bei einem biomedizinischen Institut gewesen war, machte er sich selbständig. Es fiel auf, daß er einen starken Zuspriech von Pärchen hatte, die ihn besonders am Sonntag vormittag aufsuchten. Auch die Verstorbenen, ein Mädchen aus Eisenach, hatte seine Hilfe an einem Sonntag aufgesucht. Nachdem sie von drei verschiedenen Seiten auf den hilfsreichen Arzt verwiesen worden war. Er hatte sie am Montag bestellt und lag noch, als sie kam, im Bett vollkommen im Banne des Kokainrausches. Dr. Krümmann war ein leidenschaftlicher Koffer und es schwebte gegen ihn auch ein Strafverfahren wegen Abgabe von Kokainrezepten ohne vorherige Untersuchung, die er in einem Vermögenslosat zweifelhafter Art an die dort verkehrende männliche Prostitution verteilt hatte. In dem vorliegenden Strafverfahren ergab sich, daß Dr. Krümmann die Operation so ungeschickt vorgenommen hatte, daß eine Perforation entstand, und die Operierte an den Folgen einer Bauchfellentzündung verstarb. Nach den ärztlichen Gutachten von San.-Rat Dr. Leppmann und Oberarzt Dr. Jung von der Charité, sei der Angeklagte einen außer gewöhnlichen Mangel an medizinischen Kenntnissen aufwies. Der Angeklagte hatte sich von Frauen, die seine Hilfe suchten, stets vorher bescheinigen lassen, daß sie an Blutungen leiden. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre Zuchthaus beantragt. Auf die Vorstellungen der Rechtsanwälte Dr. Kamecke und Dr. Sack bewilligte das Schöffengericht dem Angeklagten mildernde Umstände und verurteilte ihn in zwei Fällen, darunter in dem mit dem Todesausgang zu 1½ Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust.

Eine Ehe Tragödie.

Eine Ehe Tragödie spielte sich gestern Abend in dem Hause Lindower Straße 8 ab. Hier wohnt als Untermieter der 44 Jahre alte Friseur Karl Heimbold, der sich vor einigen Wochen von seiner gleichaltrigen Ehefrau Mathilde, geb. Wandel, die jetzt in der Reinickendorfer Straße 29 wohnt, trennte. Die Frau hatte ihren Mann gestern Abend noch einmal aufgesucht, um ihm noch einige seiner Kleidungsstücke zu bringen. Heimbold versuchte, eine Versöhnung herbeizuführen, hatte aber keinen Erfolg damit. In dem sich entzündenden Wortwechsel ergriß Heimbold einen Revolver und gab auf seine Frau drei Schüsse ab, von denen zwei sehlgingen, während der dritte sie leicht an der Brust verletzte. Die Frau eilte, laut um Hilfe rufend, auf die Treppe hinaus. Hausbewohner, die durch die Schüsse und das Schreien aufmerksam geworden waren, brachten sie nach der nächsten Rettungsstelle, wo sie verbunden wurde. Inzwischen hatte der Mann sich selbst zwei Kugeln in die Brust geschossen. Beamte des 42. Reviers brachten ihn, da er noch Lebenszeichen von sich gab, in das Krankenhaus.

Heißt das Siedlerunterstützung?

Man schreibt uns aus Bielefeld: Bürger, bedeckt euch an und baut euch euer Häuschen! So hieß es nach der Revolution, als die Wohnungsfrage anfangs brennend zu werden. Gleich vielen folgte ich diesem Ruf und kaufte am 31. Mai 1920 eine Siedlungspartzele in Mahlsdorf vom Bezirksamt Lichtenberg, das sich u. a. das Wiederkaufrecht vorbehalten. Nach vieler Arbeit, Mühe und Kosten wurde zuerst das Land urbar gemacht. Endlich konnte der Traum von der eigenen Scholle erfüllt und mit dem Bau eines Häuschens begonnen werden. Nach vieler Entbehrung und Arbeit ist dieses bis auf das Dach aus eigenen Mitteln hochgebracht. Nun heißt es, eine Hypothek besorgen und dann schnell fertiggebaut, damit man noch vor dem Winter einzuziehen kann. Nach diesen vergeblichen Laufereien ist auch endlich eine kleine Bank bereit, eine Hypothek zu geben, nur wird, was schließlich verständlich ist, eine Borgeerklärung gefordert. Das Bezirksamt Lichtenberg hat sich nun schriftlich sowie mündlich geweigert, eine derartige Erklärung zu geben. Also ein praktisches Beispiel, wie Behörden die Siedler-tätigkeit fördern. Ich will aus eigenen und Privatmitteln mein

Häuschen fertigstellen. Als Entgegenkommen, daß ich keinerlei Kommunalgeld verlange, erhalte ich eine glatte Ablehnung meiner Bitte. Im Hause fehlt nur noch das Dach, und, da die eigenen Mittel erschöpft sind, sollte dieses von der Hypothek fertiggestellt werden. Bedenklich steht fest, daß die Holzpreise des Häuschens, wenn die Winterfeuchtigkeit noch hinzukommt, anlaufen. Im Ernst-falle würde Lichtenberg gar nicht daran denken, die Partzele mit dem Neubau zurückzukaufen; denn die Arbeit, die wir Siedler draußen geleistet haben, kann und will Lichtenberg nicht bezahlen. Durch dieses Vorgehen wird also ein Siedler, der sich sein Brot selber verdienen muß, um die Früchte von fünf arbeits- und ent-behrungsreichen Jahren gebracht, und zwar von einer Behörde.

Von Kairo nach Deutschland.

Eine Fahrt ins Zuchthaus.

Im Jahre 1924 wurde der griechische Holzhändler Karam Bey in seiner Villa in Alexandria von zwei deutschen Seeleuten ermordet und beraubt. Auf die Ergreifung der Mörder war eine Belohnung von 1000 Pfund ausgesetzt worden.

Im Herbst vergangenen Jahres wurde der eine, ein gewisser Klaus, in Bombay ergriffen, bald darauf der andere, ein gewisser Dewitsch, in Triest. Sie hatten gemeinsam Karam Bey im Bett überfallen. Dewitsch schlug den Lieberwächter mit einer Eisenstange nieder und Klaus schoss ihm zwei Kugeln in die Stirn. Von dem deutschen Konsulargericht in Kairo wurden beide zum Tode verurteilt; die Strafe wurde jedoch später in lebenslangliches Zuchthaus umgewandelt. Da sie als deutsche Staatsangehörige die Strafe in Deutschland absitzen sollten, so entsandte die Berliner Kriminalpolizei zwei Kriminalsekretäre der Fahndungsinspektion H., die die Verbrecher nach Deutschland bringen sollten. Das Konsulat in Kairo gab den Beamten noch zwei deutsche Defraudanten mit auf den Transport. Diese beiden hatten vor etwa drei Monaten einer Hamburger Firma 42 000 Mark unterschlagen und waren damit, wie die Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei ergaben, nach Ägypten geflüchtet. Die beiden ungetreuen Buchhalter namens Kühn und Heinrich wurden auf die überfandene Personalbeschreibung hin in einem Hotel verhaftet. Sie hatten noch 30 000 Mark bei sich. Der Heimtransport auf dem Dampfer „Adolf Woermann“ verlief ohne jeden Zwischenfall. In Hamburg wurden die beiden Defraudanten dem Gericht übergeben, während die Mörder einem Zuchthaus zugeführt wurden.

Er will durchaus ins Zuchthaus!

Um seinen Wunsch, in das Zuchthaus oder in eine Irrenanstalt zu kommen, durchzusetzen, erschien auf dem Polizeipräsidium ein gut gekleideter junger Mann mit einem kleinen Seitengewehr in der Hand. Er erklärte, daß er „jemanden über den Hausen stehen müßte“, damit man ihn endlich festsetze. Er wurde der Dienststelle des Kriminalkommissars Quoh zugeführt, wo er nach anfänglichem Toben sich endlich beruhigte. Durch gültliches Zureden erfuhr man folgendes: Vor 14 Tagen sei er aus Partienkirchen gekommen, habe aber am vergangenen Sonnabend seine Wohnung und seinen Namen plötzlich vergessen. Er sei Maler und habe die Kunstgewerbeschule besucht. Die Monogramme aus den Wäschebüchern und dem Taschentuch hatte er emittiert, ebenso die Seiten seines Notizbuches, die zur Feststellung der Persönlichkeit hätten beitragen können. Der Unbekannte ist etwa 29 Jahre alt, 1,79 Meter groß, hat blondes hochstehendes Haar, ein barloses Gesicht und trug einen blauen Anzug, einen braunen weichen Hut, ein braungestrichenes Oberhemd und eine rötliche Krawatte. Allem Anscheine nach hat er früher in geordneten Verhältnissen gelebt. Nachricht zu seiner Feststellung sind an Kriminalkommissar Quoh im Zimmer 96 des Polizeipräsidiums zu richten.

Freilicht-Theater Jungfernhöhe.

Borbei an Fabriken, Schrebergärten, gelangt man endlich zur neuen Freilichtbühne. Im Volkspark Jungfernhöhe, eingefriedet von hohen Hecken und alten Bäumen, ein schöner Rosenplatz, dem als Kulissen wiederum schöngepflegte Hecken dienen. Amphitheaterlich die Sitzreihen, darüber — wenigstens bei der Generalprobe — ein prächtiger Sommerhimmel. Hier wurden unter der Regie Ferry Werners Schillers „Räuber“ gespielt. Im großen und ganzen eine recht gute Aufführung, wenn auch nicht immer so ganz im Geiste des Dichters. Manchmal erfordert dies Jugendwerk Schillers mit seiner stürmischen Leidenschaft denn doch nicht allzu temperierte Auffassung. Der Karl Moor des Henry Pleß recht gut in Sprache und Darstellung, sein Bruder Franz (Hans Harnier) im Monolog zu kühl. Amalie, die insolge nicht eingetrossener Kostüme im modernen Stil erschien (Egille Pleß), etwas farblos, mehr Ophelia in heutiger Auffassung. Das Ganze aber wirkte zweifelsohne in der außerordentlich stimmungsvollen Szenerie und glänzenden Musik. Die Aufführung, stark getrübt, war eine pausenlose und alle Möglichkeiten und Vorzüge der Gartenbühne geschickt ausgenützt.

Folgen einer Schwarzfahrt.

An der Kreuzung Schönhäuser Allee und Carmen-Playastraße ereignete sich heute vormittag ein folgenschwerer Automobilzusammenstoß, bei dem fünf Personen erheblich verletzt wurden. Der Chauffeur Rudolf W., der zusammen mit seiner Ehefrau, seinen beiden Töchtern Eva und Irmgard und seiner Schwiegermutter Pauline Hanisch eine Schwarzfahrt unternehmen wollte, stieg an der bezeichneten Stelle mit einem anderen Kraftwagen zusammen. Die fünf Insassen wurden durch Schnitt- und Querschwunden erheblich verletzt und erlitten auf der Rettungsstelle in der Wismstraße erste Hilfe. Beide Kraftwagen wurden schwer beschädigt.

Kinderfremder der Jugzharen. Die „Jugzharenbewegung“, die sich besonders gefährdeter Kinder annimmt, deren Eltern sich nicht um ihre Kinder kümmern, oder in Gefängnis sitzen, zieht in jedem Sommer aus ihren Städtorten in die Jugendherbergen der Mark. In diesem Jahr haben die freiwilligen Helfer — junge Wanderwölfe mit den Kindern — in der Jugendherberge Jossen Unterhäuser gefunden. Am Sonntag veranstalteten die Jugzharen in ihrem Sommerheim ein Kinderfest. Bei Kaffee und Kuchen, beim Klampfenpiel der Wanderwölfe wartete alles in dem für die große Besucherschar zu engem Heim, bis der Regen endlich nachließ und auf der Freilichtbühne die Kinder mit ihren Darbietungen begannen konnten. Eine Ferkelschau mit improvisierten Tieren und Artisten löste stürmische Heiterkeit aus. Bei Spiel und Sport verlief der Nachmittag. Eine kurze Ansprache des Vorsitzenden der Jugzharen wies auf die Notwendigkeit der durchgehenden Fürsorge für die Jugend hin. Es müsse gelingen, die Jugend fernzuhalten von den Einflüssen der Großstadt, nur so werde es gelingen, die Jugend zu selbstbewußten Menschen heranzubilden.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Kreis Mitte. Dreißigtägige Ferienfahrt nach Bielefeld. Treffpunkt Mittwoch, den 28. Juli, vormittags 8 Uhr am Stellener Vorortbahnhof. Unkostenbeitrag für Fahrt, Unterkunft und volle Verpflegung 3.— R. Anmeldungen werden bei den zuständigen Gruppenleitern noch entgegengenommen. Leiter der Fahrt Willi Berger.

Grubenunglück bei Dortmund.

Bochum, 27. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Auf Schachtanlage „Westerholt“ bei Dortmund ging eine Förderstraße zu Bruch. Von dem im Fluß 7 auf der zweiten Sohle beschäftigten Bergleuten wurden drei Mann durch das niederfallende Gestein abgesehen. Die sofort aufgenommenen Rettungsarbeiten ergaben, daß die Abgesehenen leben und unverletzt sind. Eine Verbandsung mit ihnen war möglich. Es besteht Hoffnung, sie zu befreien. Die Nachlichter konnte durch das Unglück, das auf Bewegung im Gestein zurückzuführen ist, nicht ausfahren. Auf der Suche „Morgensonne“ entlud sich eine Sprengpatrone vorzeitig. Hierdurch wurden zwei Bergleute durch Sprengstücke schwer verletzt.

Gewerkschaftsbewegung

Reform der Arbeitsnachweise! Zusammenfassung und Entbureaufassung.

Die Reformbedürftigkeit der Arbeitsnachweise ist noch nie so all in die Erscheinung getreten wie in diesen Tagen der Massenarbeitslosigkeit. Gewiss, auch die Arbeitsnachweise können nicht zaubern und Arbeit aus dem Boden stampfen, wenn man von oben her in der großen Wirtschafts- und Arbeitskräftelücke zu weit treiben lassen. Aber jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß trotz der Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt beträchtlich mehr Arbeit zu vermitteln wäre, wenn die Arbeitsnachweise sich wirklich der Arbeitsvermittlung widmen könnten. Die Arbeitsnachweise sind zum größten Teil heute mit der Fürsorge, mit dem Stempeln, mit dem Auszahlen und dergleichen überlastet und können daher für ihre eigentliche Aufgabe, die Arbeitsbeschaffung, nur sehr wenig tun. Es rächt sich jetzt, daß man nicht frühzeitig entsprechend den Forderungen der freien Gewerkschaften eine Reform der Arbeitsnachweise durchgeführt hat.

Der Fehler liegt in der Verzettlung des Arbeitsnachweiswesens. Wir haben zu viel kleine Nachweise, die nur wenig leisten können. Was wir brauchen, sind größere Nachweisbezirke und Befugung dieser größeren Arbeitsnachweise mit fachlich geschultem und gut bezahltem Personal. Die Arbeitsnachweisleiter müssen Aufstiegsmöglichkeiten haben. Es muß der Anreiz gegeben sein, daß Leute mit Initiative, Tatkraft und kaufmännischem Sinn in den Beruf der Arbeitsvermittlung hineingehen. Die Arbeitsvermittler müssen Arbeit suchen und dafür auch in technischer Hinsicht gut ausgerüstet sein. Jedem Arbeitsvermittler in ländlichen Bezirken gehört ein Motorrad, damit er an die Arbeitsstellen und Arbeitgeber herankommt. Für die Beschaffung von Frauenarbeit brauchen die Nachweise weibliche Vermittlungskräfte. Der heutige viel zu bürokratisch aufgebaute Arbeitsnachweisapparat ist veraltet. Wenn man auch nicht von heute auf morgen den gesamten Aufbau der Arbeitsnachweise umkrempeln kann, so kann man doch wenigstens in der Richtung der Forderungen der Gewerkschaften, d. h. auf stärkere Zusammenfassung des verzeittelten Arbeitsnachweiswesens, hinarbeiten.

Die Finanzfrage ist kein unlösbares Problem, da schon jetzt die Kosten zu zwei Dritteln aus der Erwerbslosenfürsorge gedeckt werden. Erfreulich ist, daß endlich auch der Städtetag und zum Teil auch die Landgemeinden den gewerkschaftlichen Forderungen beipflichten. Der Arbeitsnachweis muß heraus aus der bürokratischen Tradition und Bevormundung und auf eigene Füße gestellt werden, damit er den sozialpolitischen Bedürfnissen der Gegenwart gerecht werden kann. Von Gemeinden, die die Aufgaben eines Arbeitsnachweises so nebenbei erledigen lassen, und von Landräten, die sich vor dem Armelutegeruch des Arbeitsnachweiswesens fürchten, ist nichts zu erwarten.

Tagung der italienischen Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften unter dem faschistischen Gewaltregime.

Mailand, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In den Räumen des italienischen Gewerkschaftsbundes in Mailand hat eine Ratifikation stattgefunden, an der außer den Mitgliedern des Vorstandes und den Bezirksvertretern auch die Vertreter der angeschlossenen Zentralverbände teilgenommen haben. Der Zweck der Tagung war die Prüfung der Lage der Organisationen und die Einreichung mehrerer Resolutionen an den Vorstand, die sich mit den Bedürfnissen der italienischen Arbeiterklasse beschäftigten.

Der Diskussion ging ein eingehender Bericht des Generalsekretärs des Gewerkschaftsbundes voraus, der Rechenhaft über die Maßnahmen ablegte, die der Gewerkschaftsbund ergriffen hat in Vertiefung der Ereignisse vom November 1925, die bekanntlich in der Auflösung aller Arbeitskammern gipfelte. Dieser Bericht bemerkte hinsichtlich des Organisationslebens, daß die Gewerkschaftsbewegung in der letzten Zeit durch verschiedene Zwangsmaßnahmen gehemmt und gestört worden ist, die keinerlei Rechtfertigung beanspruchen können. Unter diesen Maßnahmen sind die wichtigsten die Auflösung der freien Landarbeitergewerkschaften von Rollinella und der Beamten- und Angestelltenvereine in Mailand. Die beiden Vertreter der aufgelösten Landarbeiterorganisationen erstatteten ebenfalls einen Bericht, der mit großer Bewegung aufgenommen wurde. Außer der Auflösung ihrer Organisationen mußten die Landarbeiter von Rollinella auch noch dulden, daß die Gutsbesitzer ihnen jede weitere Arbeitsmöglichkeit verweigerten. Der Bundesausschuß hat daraufhin von der Tagung den Auftrag erhalten, jedes ihm zur Verfügung stehende Mittel anzuwenden, den Schwerarbeitern von Rollinella die Existenz zu sichern, auf die sie Anspruch haben. Der Beamten- und Angestelltenverein von Mailand ist dagegen unter dem Vorwand aufgelöst worden, eine Vereinigung zu sein, in der sich Mitglieder der Opposition befinden! In beiden Fällen hat der italienische Gewerkschaftsbund Beschwerde beim Innenministerium eingelegt. Freilich wird diese Beschwerde nichts nützen.

Die Beschlagnahme der Gewerkschaftsräume und die Gewalttaten gegen einzelne Genossen haben nicht verhindern können, daß die Bewegung in der letzten Zeit selbst unter den gewaltigsten Schwierigkeiten überall gute Fortschritte gemacht hat. Der Bundesausschuß hat die Tagung auf die Denkschrift hingewiesen, die der Gewerkschaftsbund an die Regierung in Vertiefung der ebenfalls durch die letzte faschistische Gesetzgebung eingeschränkten Freiheit der freien Gewerkschaften gerichtet hat.

Die Tagung diskutierte und billigte einmütig die Arbeiten des Bundesausschusses für die der internationalen Arbeitskonferenz in Genf gewährte Unterstützung gegen die Maßnahmen der faschistischen Delegierten. Nach Anhörung des Berichtes des Generalsekretärs über die allgemeine moralische und finanzielle Lage des Gewerkschaftsbundes hat die Tagung mit Befriedigung festgestellt, daß der Fortschritt der Bewegung allen Widerständen gegenüber eine gute Aufwärtsentwicklung zeitigt. Die Bezirksvertrauens-

mannern nahmen lebhaften Anteil an der Diskussion, besonders diejenigen, die in dauernder Berührung mit der Arbeiterklasse leben. Ohne sich die Schwierigkeiten zu verhehlen, die der Bewegung durch die Behörden oder einzelne Faschisten erwachsen, waren sie sich einig in dem befriedigenden Eindruck, daß die Arbeiter bis heute einen verheißungsvollen Verlauf genommen haben. Es gilt also nun in Zukunft die Arbeit mit den Methoden fortzusetzen, die die Erfahrung als wirksam erwiesen hat.

Im übrigen wurde ebenfalls festgestellt, daß in dieser letzten Zeit eine Besserung der Beziehungen zwischen den einzelnen politischen Richtungen innerhalb der Zentralverbände Platz gegriffen hat. Eine bessere Erkenntnis der Erfordernisse, die der Augenblick erheischt, hat den Ausbruch unnützer Polemiken verhindert.

Hinsichtlich der Auswanderungsfrage hielt es die Tagung für angebracht, angesichts der Schwierigkeiten, die sich in verschiedenen Ländern gegen die italienischen Auswanderer erheben, alle Anstrengungen zu versuchen, eine noch innigere Verbrüderung mit den Arbeitern jener Länder anzustreben, deren Gäste diese italienischen Auswanderer werden. Zum Zwecke der Verteidigung der italienischen Auswandererinteressen wurde der Generalsekretär beauftragt, an dem im Oktober dieses Jahres in Regio stattfindenden Auswanderungskongress teilzunehmen.

Um die Löhne der Handelshilfsarbeiter.

Die Berliner Einzelhandelsgemeinschaft hatte bekanntlich das Lohnabkommen der Handelshilfsarbeiter zum 30. Juli gekündigt und einen Abbau der Löhne bis zu 20 Proz. gefordert. Die Verhandlungen am vorigen Freitag scheiterten, da die Unternehmer auf den Lohnabbau bestanden, die Organisationsvertreter jedoch wegen der seit dem Abschluß des letzten Lohnabkommens eingetretenen Mietsteigerungen eine Erhöhung der Löhne beantragten. Die Berliner Einzelhandelsgemeinschaft hat nun den Schlichtungsausschuß angerufen, der die Parteien zu Freitag nachmittag zu Verhandlungen geladen hat.

Bei den direkten Verhandlungen ließen die Unternehmer durchblicken, es mit dem Anrufen des Schlichtungsausschusses nicht sonderlich eilig zu haben. Warum denn plötzlich die Ueberstürzung? Etwa weil Herr Körner am Montag auf Urlaub geht? Sie glauben anscheinend, daß Herr Körner ihnen beim Abbau der Löhne der Handelshilfsarbeiter genau so weit entgegenkommen wird, wie er es bei den Angehörigen des Einzelhandels getan hat.

Bolle will keinen Frieden.

Die Funktionäre der Meierei Bolle beschäftigten sich gestern mit dem am Freitag voriger Woche vom Schlichter gemachten Vergleichsvorschlag, über den wir in unserer Sonntagsausgabe schon ausführlich berichteten. Nach einer längeren Aussprache stimmten sie dem Vergleichsvorschlag zu.

Wie wir heute erfahren, hat die Meierei Bolle jedoch auch wieder diesen Vergleich abgelehnt. Seit Weihnachten vorigen Jahres geht nun schon der Streit um die Feiertagsbezahlung, die Zahlung des Aufschlages für Arbeit an Wochenfeiertagen und die Lohnberechnung der Arbeiter. Durch die Annahme des Vergleichsvorschlages wäre endlich der Streit aus der Welt geschafft worden. Die Meierei Bolle hat anscheinend kein Interesse an dem Frieden in ihrem Betriebe. Es bereitet ihr offenbar besonderes Vergnügen, in der Öffentlichkeit dauernd von sich reden zu machen. Vielleicht soll das eine besondere Aktion für ihren Betrieb sein?

Ein Sklavenvertrag.

Zu der von uns in der gestrigen Abendausgabe veröffentlichten Notiz teilt uns Herr Stöck-Sarralani mit, daß der Betrieb des Restaurateurs Eduard Buchmann wirtschaftlich unabhängig von der eigentlichen Sarralani-Schau ist. Herr Stöck-Sarralani hatte von den Arbeitsbedingungen, die in dem veröffentlichten Dienstvertrag festgelegt sind, keine Kenntnis. Er erklärt ausdrücklich, daß er derartige Arbeitsbedingungen auf das Schärfste mißbilligt und nach Kenntnisnahme sofort die nötigen Konsequenzen zu dem Restaurationsbetrieb des Herrn Buchmann gezogen habe.

Tagung der Krankenkassen.

Düsseldorf, 27. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Diskussion sprach Dr. Gerlich als Vertreter der Reichszentrale für Kinderfürsorge und Geschäftsführer Lehmann, der darauf hinstimmte, daß bei den meisten Kassen die Familienversicherung eingeführt sei. Dann sprach noch Prof. Dr. Wichmann-Hamburg über „Die elektrophysikalische Heilmethode in der Krankenversicherung“ und Dr. Jochen-Berlin über „Bäderfürsorge für Rassenmitglieder“. Beide Referate, die sich mit Spezialfragen befaßten, fanden großen Beifall. Das wesentlichste bei diesen beiden Vorträgen war die Feststellung, daß das Krankenkassenmitglied nicht als Patient zweiter Klasse behandelt werden dürfe.

Damit war die Reihe der Vorträge erschöpft. Es wurden dann noch einige Satzungsänderungen vorgenommen und einige eingegangene Anträge erledigt.

Keine Änderung im englischen Bergbaukonflikt.

London, 27. Juli. (W.T.B.) Die allgemeine Auffassung über die gestrigen parlamentarischen Debatten über die Kohlenkrise geht dahin, daß sich die Lage in keiner Weise gebessert habe. Die Erörterungen im Oberhaus zeigten kein Ergebnis, und die Aussprache im Unterhaus bestand lediglich in erbitterten Angriffen der Opposition gegen die Regierung, weil sie die Vorschläge der Vertreter der Kirche nicht angenommen habe.

In der für nächsten Freitag einberufenen Konferenz der Bergarbeiterdelegierten erblicken die Zeitungen ein Ereignis von weitestgehender Bedeutung. Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Coof, erklärte, die Konferenz bedeute keine Kapitulation, sondern sei nur der Prüfung der Lage gewidmet. Die Delegierten der Bergarbeiter müßten ihren Führern erklären, ob sie nachgeben oder neue Pläne zur Fortsetzung des Kampfes vorbereiten wollten.

Wie die Blätter berichten, arbeiteten gestern in Barmwickshire infolge der Rede, die Bergarbeiterführer Coof in dem Bezirk gegen die Streikbrecher gehalten hat, 300 Bergarbeiter weniger. Im ganzen waren ungefähr 1000 Bergarbeiter der Arbeit ferngeblieben, jedoch sind 700 neue Arbeitswillige zur Arbeit zurückgekehrt.

Aus der Partei.

Zur Verfassungsfeier.

Zur bevorstehenden Verfassungsfeier am 11. August verweist der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit auf das von ihm herausgegebene Heft Nummer 6 der Sonderreihe „Arbeiterbildung“, betitelt „Die Verfassungsfeier“. Die Schrift enthält mehrere wertvolle Anregungen, Gedächtnis- und Programmansätze für die Verfassungsfeier, außerdem einen Entwurf zu einer Rede von Gustav Radbruch.

Ferner enthält die Anfang Juni erschienene Nummer 7 der „Büchermärkte“ in ihrer Beilage „Arbeiterbildung“ eine Vortragsdisposition für die Verfassungsfeier mit Literaturnachweisen von Alwin Senger, die besonders den Referenten empfohlen wird. Das Heft Nummer 6 der Sonderreihe der „Arbeiterbildung“ ist zum Preis von 25 Pf. vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen. Das genannte Heft der „Büchermärkte“ kostet 75 Pf. im Einzelverkauf. Die „Büchermärkte“ wird aber, da sie laudenswertes Material für die Bildungs- und Organisationsarbeit bringt, am besten ständig abonniert und kostet im Quartal 1,50 M. Bestellungen nehmen die Postanstalten und Buchhandlungen entgegen.

Arbeiterferienveranstaltungen.

Die vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit in diesem Sommer vorgesehenen Ferienveranstaltungen konnten bisher reiflos durchgeführt werden und fanden eine sehr starke Beteiligung. Ein Beweis für das große Interesse, das die Arbeiterklasse diesen Veranstaltungen entgegenbringt. Ferienkurse fanden neben zwei zentralen Schulungskursen für Frauen und Redakteure in den folgenden Bezirken statt: Hannover, Pfalz, Hessen-Rosau, westliches Westfalen, Ostschlesien, Leipzig, Freistaat Hessen, Jülich, Hamburg, Ferienreisen nach Paris, Italien, an den Rhein, Schweiz, Hamburg-Helgoland. Im Laufe der nächsten Zeit finden noch folgende Veranstaltungen statt:

a) Ferienkurse: 1. bis 7. August: Landesjugendheim Elmarn an der Döbbe (Holstein). Christian Döring: „Marrs' ökonomische Lehren“. — 15. bis 21. August: Naturfreundehaus in Friedricshoda (Thüringen). Richard Woldt: „Amerikanismus in der heutigen Wirtschaft“. — 15. bis 21. August: Volkshaus Bifchofsgrün (Niederschlesien). Dr. Schröder: „Einführung in die Staatslehre“. — 15. bis 21. August: Soltau in der Lüneburger Heide. Christian Döring: „Einführung in die Volkswirtschaft“. — 5. bis 11. September im Bezirk Chemnitz: Walter Vob: „Probleme der Finanzpolitik“. — 5. bis 11. September: Gewerkschaftshaus „Monopol“, Wermigerode im Harz. Richard Woldt: „Rassenpsychologie und Arbeiterbewegung“. — 22. bis 29. August: Bezirk Mecklenburg-Vorpommern. Albert Rudolph: „Geschichte der Arbeiterbewegung“. — 26. September bis 2. Oktober: Bad Stein an der Ostsee. Professor E. Kölling: „Einführung in die Politik“.

b) Ferienreisen: Brüssel-Paris vom 15. bis 23. August; Prag-Wien-Salzburg vom 22. bis 31. August; Wanderschaft in den Schwabwald vom 22. bis 31. August.

Anmeldungen zu den Kursen wie zu den Reisen werden, wenn sie recht bald erfolgen, mit Ausnahme der Reise Brüssel-Paris, zu der die Teilnehmerliste bereits geschlossen ist, noch angenommen durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Arbeiterport.

15. Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

Am Sonnabendnachmittag wurde der 15. Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in dem würdig geschmückten großen Saal des Hamburger Gewerkschaftshauses eröffnet. Der Bundesvorsitzende Geller begrüßte die Vertreter des Hamburger Senats und der Städte Altona und Wandsbek.

Der Vertreter des Hamburger Senats, Staatsrat Dr. Buchl, überbrachte die Grüße der drei Schwesterstädte und überreichte als sichtbares Zeichen der Anerkennung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung einen Betrag von 3000 M. für die Bundes- und Landes-Schule in Leipzig. Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sprach Genosse Ludwig, der die Verbundenheit zwischen der politischen Partei- und der Arbeiterportbewegung betonte. Auch die Kommunisten ließen den Bundestag begrüßen. Für den ADGB sprach die Genossin Heine, für die Zentralkommission der Arbeiter-Sport- und Körperpflege Fröh Bildung. Grüße der tschechischen Arbeiterportler, der deutschen Arbeiterportler der Tschechoslowakei, des Deutschen Arbeiter-Sportbundes, der Hamburger Sozialdemokratie und des Hamburger Sportartells schlossen sich an. Nachdem der Bundesvorsitzende der Toten des Bundes gedacht hatte, wurde die vorgeschlagene Geschäftsordnung genehmigt.

Sport.

Woeskops und Martinetti Fliegerweltmeister!

Die Radweltmeisterschaften für Flieger, die am Sonnabend und Sonntag in Gegenwart von etwa 10 000 Zuschauern auf der Simphonbahn in Mailand in zahlreichen Läufen ausgetragen wurden, sahen als Sieger und neue Weltmeister: der Berufsfahrer der Holländer Woeskops (Weltmeister 1921/24) vor Moretti-Italien, Richard-Franckreich und Kaufmann-Schweiz; der Amateure den Italiener Martinetti vor Golboing-Franckreich, Razairac-Holland und Bolocchi-Italien. Der Renneitung wird der Vorwurf gemacht, in mehreren Fällen die Italiener in Entscheidungen begünstigt zu haben. Die deutschen Teilnehmer Engel, Steffes, Oskar Rütt und Oszmella schiedn alle bereits in den Zwischenläufen aus.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geper; Wirtschaft: Felix Gebrows; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karthaus; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Komische Oper
8 1/2, Dir. James Klein 8 1/2,
Die große Revue
Berlin ohne Hemd!
Allabendlich 9.30 Uhr
Die sensationelle Einlage:
Satans Brautnacht!
Über 200 Mitwirkende!

Berliner Ulk-Trio
Neukölln, Lahnstr. 74/75/1

Photoapparate
Bedarfsartikel
Entwickeln - Kopieren
gut und preiswert
Photo - Spezialhaus Haller
Kottbuser Damm 96

Vorwärts
Kriegsjahreslänge gedruckt, Sagerfakt 91, Steiglich.

Gardinen!
Sonderangebote und Gelegenheitskäufe

Künstler-Gardinen	2.90
Madras-Gardinen	4.-
Stores	2.20
Seridecken 1 bettig	4.-
Seridecken 2 bettig	8.-

Spez.-Gardinenwerkst.
Neukölln, Borgstr. 67
am Ringbahnhof
Klein Laden!

Hausmusik auf Kredit!
Erstkl. Sprech-Apparate
mit Plattenzugabe.
Geringe Anzahlung und kleinste Rate
Platten aller Marken zu Listenpreisen in großer Auswahl.

Musikhaus E. Feldhammer
Berlin S 42, Ritterstr. 34, Telefon: Dönhof 2334
Fordern Sie kostenlosen Prospekt ein oder besichtigen Sie meine Vortragsräume von 9-7 Uhr (auch Sonnabends)

Kaufen Sie nur in einem Spezial-Sprechmaschinen-Geschäft!

Möbel ohne Anzahlung
liefert altrenommiertes Möbelhaus
komplette Zimmer, sowie Einzelmöbel, Küchen in allen Farben, Ankleideschränke, Kleiderschränke, Sofas, Bücherschränke, Beistellen in Holz und Metall, Teppiche und vieles andere
bei denkbar bequemsten
Ratenzahlungen!
Beste Qualitäten! Billigste Preise!
Gefl. Anfragen unter D. 27 an die Hauptexped. des Vorwärts, Berlin SW 68

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**

Adolf Hoffmann
Knorke
Schulumoreke mit Illustrationen von Willi Steinert
Preis 50 Pfg. / Porto 5 Pfg.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen

HUNDE
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr